

# Riesner Tageblatt



Druckerei  
Tageblatt Riesner  
Grenzstr. 20.  
Postfach Nr. 22.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschänke, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Wietzen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagskonte  
Desden 1530  
Groschänke  
Riesner Nr. 22.

Nr. 199.

Sonnabend, 25. August 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Vorkaufstages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 20 von 20 bis 1 mm hohe Grundchrift-Zeilen (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Druckzeitung an der Hand, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Künftige Unterhaltungsbeilagen können nur auf Verlangen oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. E. G. Teichgraber, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesner.

## Genf und Paris.

Von unserem Berliner Vertreter.

zu Chamberlain ist krank geworden und wird der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris fernbleiben. Vielleicht wäre es ihm möglich gewesen, zu diesem Staatsakt zu erscheinen, wenn er auch, was zugegeben werden muß, krank ist. Seine Krankheit ist jedoch nicht der Art, daß sie unbedingt von der Pariser Reise abhalten wird. Stresemann wird der nächsten Völkerbundtagung in Genf fernbleiben. Auch wegen Krankheit. Man könnte auch bei ihm die gesuchte Gelegenheit sehen. Aber die Erkrankung Stresemanns hätte schließlich auch zu einer Abgabe nach Paris führen können, wenn es politisch klug gewesen wäre. Stresemann selbst wollte jedoch dem Kellogg-Pakt in Paris beiwohnen, deshalb wurde die tatsächliche Krankheit nicht zu einer politischen gemacht. Wenn nun auf Anraten der Ärzte der Außenminister der nächsten Völkerbundtagung fernbleibt, so muß man zunächst untersuchen, ob diese Sitzung so wichtig und bedeutungsvoll sein wird, daß das Fehlen des deutschen Außenministers irgendeinen Einbruch hinterlassen würde. Aber was im September in Genf beraten wird, kann ebenso gut Staatssekretär Dr. von Schubert vertreten. Dazu ist die Anwesenheit Stresemanns nicht notwendig. Folglich ist es ganz ausgeschlossen, daß politische Motive den Beschluß oder den Rat der Ärzte diktiert haben. Stresemann braucht Schonung, die Arbeiten in Genf greifen jedoch so an, daß sie für einen Nebenbesuch eine Anstrengung bedeuten müssen. Wenn Stresemann der ganzen letzten Entwicklung der Außenpolitik ausweichen wollte, hätte er mehr als Chamberlain Grund gefunden, seine Krankheit vorzuziehen und auf die Pariser Reise zu verzichten. Stresemann aber, obwohl, wie wir wissen, die Pariser Reise von der Pariser Reise abzuweichen, selbst keine Schwäche bezeugen wollen und das deutsche Interesse, das mit seiner Reise nach Paris verbunden ist, oben an gestellt.

Nun hat man große Hoffnungen auf die Verhandlungen mit Paris gesetzt. In den Hoffnungsbecher fällt jetzt bereits ein Tröpfchen Bitterkeit, denn das englisch-französische Flottenabkommen ist von allen Staaten, besonders von Amerika, über dem Meer, und vielleicht gerade deshalb, weil dieses Seeverkehrsabkommen ohne die Beteiligung Amerikas abgeschlossen wurde und selbst die interesselosesten Mächte bisher über den Vorfall im Unklaren gehalten worden sind. Nicht umsonst hat Kellogg seine Reise nach London aufgegeben, wenn er auch Journalisten gegenüber den Grund nicht angab, so zweifelt niemand daran, daß das anglo-französische Abkommen die Ursache seiner Verzögerung ist. Dieses Abkommen ist gerade, da der Kellogg-Pakt unterschrieben werden soll, abgeschlossen worden. Und man sagt vielleicht auch nicht mit Unrecht, daß die Abwesenheit Chamberlains von Paris nicht Krankheit, sondern das Seeverkehrsabkommen als Ursache hat.

Für uns bleibt zunächst festzustellen, daß in der Weltpolitik eine Wendung eingetreten ist, und zwar eine Abkehr von der Politik der letzten Jahre, die zwischen den beiden Mächten, die in den letzten Jahren außerordentlich eng und freundschaftlich zusammen arbeiteten. Was die englische Politik zu dieser Wendung bewegen hat, weiß man im Augenblick noch nicht, die Ziele müssen noch in der Zukunft liegen. Die englische Politik arbeitet ja immer auf weite Sicht. Uns bedrückt diese englisch-amerikanische Differenz wenig, wie uns das anglo-französische Seeverkehrsabkommen vollstündig desinteressiert findet. Wir haben aber von diesen Vorgängen Kenntnis zu nehmen, da sie gerade die jetzt folgenden Konferenzen und Ministerbesprechungen stark beeinflussen werden und die bisher friedliche und verständliche Stimmung, die man in Genf fand, stark vermindern. So die Lage beurteilt wird die Reise Stresemanns nach Paris, der man gute Aussichten stellte, heute bereits als wenig aussichtsreich angesehen. Zu große Hoffnungen darf man deshalb auf das Ergebnis der bevorstehenden Pariser Zusammenkünfte nicht setzen.

## Die Gefahren des Reichsdefizits.

In parlamentarischen Kreisen hat die Nachricht, daß die Erträge der Steuern im laufenden Staatjahr um etwa 240 Millionen gegenüber dem Voranschlag zurückbleiben werden, große Besorgnis hervorgerufen. Reichsfinanzminister Dr. Brüning ist daher aufgefordert worden, in kürzester Frist der Öffentlichkeit eine genaue Aufklärung zu geben. Von unrichtiger Seite des Reichsfinanzministeriums wird übrigens betont, daß die in der Presse verbreiteten Berichte nicht ganz mit der wirklichen Sachlage übereinstimmen, und daß es notwendig wäre, die Aufklärungen des Reichsfinanzministeriums abzuwarten. Allerdings wird im kommenden Staatjahr durch die weiteren Anforderungen des Dawesplanes eine sehr sorgfältige Überwachung der Finanzlage des Reiches notwendig werden, so daß noch möglich vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages eine Klärung herbeigeführt werden muß, um den Parteien die Sicherheit zu geben, daß das Reich nicht in eine neue wirtschaftliche Krise hineingeraten werden wird. Wie wir ausrichten erfahren, werden demnach die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reparationskomitee des Völkerbundes nicht abgebrochen werden.

## Paris im Zeichen des Kellogg-Paktes.

### Erklärungen Kelloggs zum Antikriegspakt.

Paris. Ein Vertreter des „Main“ hatte eine Unterredung mit Staatssekretär Kellogg. Auf eine Frage des Journalisten erklärte dieser, er habe in La Haye absichtlich den Ausdruck gebraucht, daß der Antikriegspakt dazu bestimmt sei, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Diese Wendung enthalte eine Hoffnung, die jeder kenne und von der man auch nicht behaupten könne, daß ihre Verwirklichung nicht möglich sei. Er habe die anstrengende Lieberzeugung, daß durch die Unterzeichnung des Paktes alle moralischen Kräfte, die in der Welt gegen den Krieg arbeiten, gesammelt und gehärtet würden. Auf eine weitere Frage des Journalisten wies Kellogg darauf hin, daß Erfordernisse praktischer Art empfohlen hätten, die Zahl der Unterzeichner zu beschränken. Man hätte die Unterzeichner des Paktes nicht beschränken können, diesbezüglich über den Entwurf zu verhandeln und Einwendungen zu erheben. Was hätte es gekostet, wenn man mit 20 Ländern hätte verhandeln wollen? Es hätte daher am besten, zuerst mit denen zu unterzeichnen, die sich völlig einig waren, und dann die anderen anzufordern. Er hoffe, daß die anderen ihre Unterzeichnung geben werden. Eine Freude an seinem Werk würde nicht vollständig sein, wenn die Unterzeichnung eines großen Landes fehlen würde.

### Die Einladungen zum Beitritt zum Kellogg-Pakt.

In Besichtigung früherer Verhandlungen berichtet „Macedon“ Press aus Washington: Innerhalb 48 Stunden nach erfolgter Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris werden die diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten den Auswärtigen Ministern der Länder, die an der Pariser Unterzeichnung nicht teilnahmen, eine Abschrift des Vertrags übersenden und sie offiziell von der Unterzeichnung des Paktes in Kenntnis setzen. Gleichzeitig werden die diplomatischen Vertreter der Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, zum Beitritt eingeladen. Ingesamt werden 47 Länder eine derartige Einladung erhalten. Rußland wird nicht durch die amerikanische Regierung, sondern von aussichtslos durch die französische Regierung angefordert werden, dem Pakt beizutreten.

### Paris sagt am Tag der Unterzeichnung des Antikriegspaktes.

Paris. Anlässlich der Unterzeichnung des Antikriegspaktes hat die französische Regierung angekündigt, daß die öffentlichen Gebäude in den französischen Farben geflaggt werden. Das Außenministerium wird die Farben von allen an der Unterzeichnung beteiligten Mächten anweisen. Am Sonntag und Montag werden die öffentlichen Gebäude illuminiert. Die Regierung sucht die Hoffnung aus, daß

## Die Räumung.

Zu dem wieder einmal in Frankreich aufgetauchten alten Vorwurf, als ob Deutschland nach Lothar die Ägel habe schleifen lassen und vergessen habe, Entschädigungsvorschläge für die Räumung zu machen, bemerkt die „Germania“: Die man sich erinnert, hat Dr. Stresemann bereits anlässlich der letzten großen Kammerrede diesen Vorwurf zurückgewiesen; waren es doch in Wahrheit die Franzosen, die bei der bald nach Lothar einsetzenden Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage das Interesse an der Kommerzialisierung der Obligationen verloren. Im übrigen hat sich in den letzten drei Jahren die Lage grundlegend verschoben, und es kann gar keine Rede mehr davon sein, daß Deutschland heute noch für eine Räumung habe, die in wenigen Monaten ähnlich wie im Jahre 1918 und für die völlige Räumung ein ähnliches Hindernis wie zu damaliger Zeit macht. Sehr bedauerlich ist es im Interesse einer deutsch-französischen Lieber-eintunft, daß es der französische Ministerrat für notwendig hielt, gleichsam Vorstöße für eine nicht mehr ganz zu vermeidende Räumungsdebatte zu treffen, und dabei jene allgemein gehaltenen Ausführungen Briand's zur Grundlage zu nehmen. Warum sollte die Abwesenheit Chamberlain's in Paris und in Genf eine Räumungsdebatte umwölken, über deren Voraussetzungen man sich inzwischen doch auf beiden Seiten ziemlich klar geworden sein muß. Deutschland hat nicht die Absicht, Kellogg-Pakt und Räumungsfrage miteinander zu verbinden, aber eine Pariser Diskussion dessen, was aus Deutschland so sehr am Herzen liegt, wird auch ein Ministerrat nicht gut verhindern können. Deutschland will endlich klar sehen, was man auf der Gegenseite verlangt und was es somit von der nächsten Zukunft erwarten darf.

### Reichskanzler Müller Führer der deutschen Völkerbundsdelegation.

Das Reichskabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung dahin entschieden, daß für den durch seinen Gesundheitszustand bedauerlicherweise noch behinderten Reichsminister des Auswärtigen der Reichskanzler selbst die Führung der Deutschen Delegation für die diesjährige Völkerbundsversammlung in Genf übernehmen wird. Der Reichskanzler beabsichtigt zur Eröffnung der Bunderversammlung, die am 2. September stattfindet, in Genf einzutreffen. Die

auch die Bevölkerung von Paris durch Besetzung des Privatbesitzes ihr Interesse an der Unterzeichnung betunden wird.

### Das Programm der Europareise Kelloggs.

Staatssekretär Kellogg hat gestern nachmittag Minister des Auswärtigen Briand einen öffentlichen Besuch abgeteilt, den dieser alsbald erwidert hat. Wie in der Umgebung des amerikanischen Staatssekretärs in Betätigung der früher bereits durch die Presse ergangenen Meldungen erklärt wird, erblickt Staatssekretär Kellogg den einjährigen Besuch seines Pariser Aufenthaltes in der Vorkonferenz und ist nach wie vor fest entschlossen, eine Besetzung mit sonstigen internationalen Fragen zu vermeiden. Es wird für zweifelhaft gehalten, daß Kellogg von diesem Vorhaben abweichen werde. Staatssekretär Kellogg gedenkt keine Anwesenheit in Europa sobald nach zur Erwidering des Besuches des Präsidenten des Irischen Freistaates zu befragen und wird sich zu diesem Zwecke am Mittwoch in La Haye an Bord des amerikanischen Kreuzers Detroit direkt nach Dublin begeben.

### Amerikanisches Memorandum zur Flottenfrage.

Die Zeitschrift „Foreign Affairs“ will erfahren haben, daß Kellogg ein von Präsident Coolidge und dem Chef des Admiralstabs Hughes ausgearbeitetes Memorandum mit auf die Reise gegeben worden sei, in dem Amerika Wünsche äußere hinsichtlich der Frage der Flottenstärke enthalten sein sollen. Kellogg habe Auftrag, dieses Memorandum der englischen und französischen Regierung zu unterbreiten.

### Eine Erklärung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands erlassen folgende Erklärung zum Kellogg-Pakt: Wir nationalen Deutschen sind voll friedliebender als die meisten ausländischen Staatsmänner, die jetzt den Kellogg-Pakt unterschreiben wollen. Wir erklären es aber für widerwärtig, auf dem Papier einen neuen Friedenspakt zu schließen, ohne zugleich die Kriegsverbrechen zu bestrafen. Wir verlangen deshalb als Vorbedingung für einen Dauerfrieden nicht nur Räumung des Rheinlandes und Aufhebung der Dawesfront, sondern auch Wiederherstellung der deutschen Grenzen und Rückgabe unserer Kolonien, als Lebensnotwendigkeit unseres Volkes, das sonst zur Dauerzweckung getrieben werden muß.

Dawes seines horigen Aufenthaltes wird von dem Verlaufe der Tagung abhängen.

### Die deutsche Delegation für Genf.

In dem Kabinettsbeschluss über die Reise des Reichskanzlers nach Genf wird von den Ministern betont, daß der Reichskanzler nur für die Vollversammlung des Völkerbundes die Führung der deutschen Delegation übernehmen werde. Für die vorher stattfindende Tagung des Rats werde dagegen, wie im Juni, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. von Schubert, der Vorsitzende Deutschlands sein.

### Wort zur englisch-französischen Flottenverhandlung.

Kempster. Wort bringt innerhalb des Zeitraumes von drei Tagen bereits den dritten scharfen Artikel gegen die Geheimnisfraktion der britischen Regierung in der Frage der englisch-französischen Flottenverhandlung und weist darauf hin, daß der Weltkrieg zum großen Teil durch die Geheimnistuerei Englands und Frankreichs über ihre damalige Entente Cordias und insolge des dadurch in Deutschland erzeugten Argwohnes entstanden sei. Jetzt werde der gleiche Argwohn in Berlin, Rom und Washington erzeugt und es sei daher hohe Zeit, daß man aus London und Paris befriedigende Erklärungen erhalte.

### Magnahmen der Belgrader Regierung gegen die Kroatische Bauernpartei.

Belgrad. Die Beschlüsse des Ministerrats, betreffend das Verfahren gegen die Kroatische Bauernpartei, werden heute bekannt. Danach wird das Strafverfahren gegen Watsch eingeleitet, weil er den Kampf zur Verhinderung des Herfalls des heutigen Staates in seine Bekämpfung organisiert und gegen das serbische Volk in ausländischen Ländern schwere Verleumdungen erhoben habe. Der Ministerrat ist noch nicht schlüssig geworden, ob das Verfahren auf Grund des Strafgesetzes oder des Staatsanwaltschafts eingeleitet werden soll. Der Agrar-Oberstaatsanwalt wurde zur Begutachtung dieser Frage nach Belgrad beordert. Der Beschluss des Ministerrats wurde einstimmig gefasst und, um ihm größeren Nachdruck zu geben, sind auch die auf Urlaub gewesenen Minister telegraphisch nach Belgrad beordert worden.